Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1911. Nr. 88. Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illus. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme s. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 1582 Redaktions-Telephon 1372. Chefredakteur Dr. Walther Bebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 21. Februar 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **In der Generalversammlung des Bundes der Landwirte,** die bekanntlich gestern in Berlin tagte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Bund der Landwirte bedauert die Zerrissenheit des heutigen politischen Lebens in Deutschland; er bedauert insbesondere die Versuche, in die geschlossenen Reihen der Landwirte Zwiespalt zu tragen; er betont die Gefahr, daß die zersetzende Tätigkeit der Sozialdemokratie durch die heutige Art der Agitation der liberalen Parteien an Umfang und Einfluß gewinnt.

Der Bund der Landwirte vertritt heute wie von jeher den Standpunkt, daß nur die gleichmäßige Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Interessen, sowohl der gewerblichen wie der landwirtschaftlichen, dem deutschen Volke eine ruhige und sichere Entwicklung gewährleisten. Die Grundanschauungen, die der Bund der Landwirte am 9. November 1895 verkündet hat, sind für ihn unverändert maßgebend. Wie er auf der einen Seite die einseitige Förderung der Interessen des mobilen Großkapitals verwirft und dessen uneingeschränkter Machtvollkommenheit Schranken auferlegt wissen will, so verwirft er auf der anderen Seite den Klassenkampf, der den Frieden des Volkes zerstört.

Entsprechend der Botschaft weiland Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 erblickt er in dem Zusammengehen der realen Kräfte des christlichen Volkslebens in der organischen Ein- und Unterordnung aller Stände und Berufe unter das Gesamtinteresse der Volksgemeinschaft die wichtigste Aufgabe und sein notwendiges Ziel. Unser Kaiser und kaiserlicher Herr, Wilhelm II., hat sich in seiner feierlichen Kundgebung in Marienburg für diese Grundgedanken der Botschaft seines unvergeßlichen Vorfahren bekannt, denn er sagte:

„Die Landwirtschaft schlage in die Hand des Kaufmanns ein, dieser in die des Industriellen. Der Zugehörige einer Partei ergreife die Hand des Andersgesinnten, wenn es darauf ankommt, Hohes für unser Vaterland zu leisten; und eine Konfession trage die andere mit Liebe."

Das wissen wir unserem Kaiser Dank. Fürst Bismarck hat mit seiner nationalen Wirtschaftspolitik den Weg dieses Ausgleichs mit glänzendem Erfolge beschritten. Ebenso, wie die Bismarcksche Wirtschaftspolitik in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts zum Schaden der Gesamtheit vom Grafen Caprivi durchbrochen wurde, so drohen unserer wirtschaftlichen Wohlfahrtspolitik für alle Stände bei den nächsten Wahlen erneut die schwersten Gefahren.

Seiner Pflicht entsprechend, wird der Bund der Landwirte mit aller Kraft gegen eine etwaige Gefährdung des Bismarckschen Vermächtnisses kämpfen. Er erwartet hierbei die Unterstützung aller derer, die in der gerechten Wahrnehmung der Interessen aller Volks- und Erwerbskreise das Heil unseres Vaterlandes erblicken und die auch heute noch den Bismarckschen Grundsatz als richtig anerkennen, daß nur die gleichmäßige Berücksichtigung von Landwirtschaft und Industrie in der Förderung eines kräftigen Mittelstandes in Stadt und Land sowie in der dauernden Schaffung ausreichender und lohnender Arbeitsgelegenheit dies Ziel gewährleistet wird."

An Se. Majestät den Kaiser wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte bringt Ew. Majestät in tiefster Dankbarkeit für die durch allerhöchst Dero Teilnahme an den Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftsrats der gesamten deutschen Landwirtschaft zuteil gewordene Ehre ihre Huldigung dar. Die deutsche Landwirtschaft wird, dem glänzenden Vorbilde ihres ersten Berufsgenossen folgend, alle Kräfte daran setzen, um das große Ziel zu erreichen, welches Ew. Majestät ihr gesteckt hat."

Hierauf ging folgendes Antworttelegramm des Kaisers ein:

„Ich danke der Generalversammlung des Bundes der Landwirte für die freundliche Begrüßung und wünsche, daß meine bei den Verhandlungen im Deutschen Landwirtschaftsrat gegebenen Anregungen zum Nutzen der Landwirtschaft ausfallen werden. Wilhelm I. R."

Wir kommen in der nächsten Nummer der „Hall. Ztg." ausführlich auf die gesamten Verhandlungen der Generalversammlung zurück.

* **Zur schweren Bluttat in Kamerun.** Zu der schweren Bluttat am Sitze des Kaiserlichen Gouvernements von Kamerun veröffentlicht das „Berliner Tageblatt" am Montag früh eine Zuschrift, aus der ein Vorwurf gegen die Kolonialverwaltung in dem Sinne herauszulesen werden muß, als ob der Täter, Sekretär Kerner, wegen gewisser bedenklicher körperlicher und geistiger Eigenschaften überhaupt nicht in die Tropen hätte hinausgeschickt werden dürfen. Demgegenüber sind wir zu der Feststellung ermächtigt, daß Kerner bei der amtsärztlichen seiner Annahme für den Kolonialdienst vorausgehenden Untersuchung als gesund und tropendienstlich befunden worden war. Auch im übrigen ergaben sich weder aus den amtlichen Aeußerungen der früheren vorgesetzten Dienstbehörden Kerners noch aus derjenigen des Kolonialinstituts in Hamburg, dem Sekretär Kerner zur Ausbildung überwiesen war, für die Kolonialverwaltung Bedenken gegen die Verwendung Kerners im äußeren Kolonialdienst.

* **Der Kronprinz** hat in Sunderbunds fünf Tiger geschossen, die viel Schaden angerichtet hatten. Er ist von dem Aufenthalt in Ostbengalen sehr befriedigt und nimmt reges Interesse an den Kultivierungspläner sowie an den lokalen Problemen, die damit zusammenhängen, daß infolge der Veränderungen der großen Flußläufe Inseln bald entstehen, bald verschwinden. Der Kronprinz kehrt am Mittwoch nach Kalkutta zurück.

* **Die Leiche des Oberpräsidenten Freiherrn v. d. Recke** wurde am Montag mittag nach einer Trauerfeier im Königl. Schlosse zum Bahnhof Münster übergeführt, von wo sie nach Berlin gebracht wird. Vor dem Sarge schritten Gesangvereine, die Chargierten der sudetischen Korporationen u. a. Hinter dem Sarge folgte als Vertreter des Kaisers der kommandierende General v. Tinem, ferner die Bischöfe von Münster und Paderborn, Vertreter sämtlicher Provinzial- und städtischen Behörden, des westfälischen Adels, der Zivil- und Militärbehörden und die Professoren der Universität. Die Beisetzung erfolgt auf dem Matthäi-Friedhof in Berlin.

* **Auszeichnung braver Seelente durch den Kaiser.** Der Kaiser hat nachstehende Kabinettsorder an den Chef der Marinestation der Ostsee erlassen:

„Im Anschluß an meine Order vom 20. Januar 1911 verleihe ich hierdurch den nachbenannten Angehörigen meiner Marine und der Verwaltung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, die bei der Rettung der Besatzung und der Bergung des Unterseebootes U III zum Teil unter Nichtachtung des eigenen Lebens sich rühmlich hervorgetan haben, als Ausdruck meiner warmen Anerkennung folgende Auszeichnungen: Den Roten Adlerorden vierter Klasse dem Kapitänleutnant v. Forstner und dem Oberlotsen Freiwald, den Kronenorden vierter Klasse am Bande der Rettungsmedaille dem Oberleutnant zur See Max Valentiner, den Kronenorden vierter Klasse dem Werftinspektor Nahke von der Werft Kiel, die Rettungsmedaille am Bande dem Torpedobootsmannsmaaten Friedrich Heinrich und dem Torpedoheizer Johann Gießner, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens dem kommissarischen Tauchermeister Töpper vom Kaiser-Wilhelm-Kanal, das Allgemeine Ehrenzeichen dem Meistersmaaten Peter Jepp sowie den Tauchern Bussaeus und Lampe vom Kaiser-Wilhelm-Kanal."

* **Konservative Kandidaturen.** Die Vertretung der konservativen Partei des Kreises Arnswalde-Friedeberg hat beschlossen, Herrn Gouverneur a. D. von Schuckmann-Rohrbeck als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellen. Herr von Schuckmann hat die ihm angetragene Kandidatur angenommen. — In der am Sonntag stattgehabten Vertrauensmännerversammlung der konservativen Partei des Königsberger Landtagswahlkreises in Königsberg (Nm.) wurde Rittergutsbesitzer Rittmeister a. D. Kramer-Belgen als Kandidat für den verstorbenen Landtagsabgeordneten v. Neumann-Hanseberg aufgestellt. — In einer gemeinsamen Versammlung der Konservativen und des Bundes der Landwirte im Wahlkreise Bütow-Schlawe-Rummelsburg wurde der bisherige Abgeordnete v. Michaelis auf Quatzow als Kandidat wieder aufgestellt. — Die rechtsstehenden Parteien des Kreises Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde haben beschlossen, den bisherigen konservativen Reichstagsabgeordneten Oberregierungsrat a. D. von Oertzen wieder aufzustellen. — Die konservative Partei des Wahlkreises Randow-Greifenhagen stellte den früheren Besitzer des Gutes Glien im Kreise Greifenhagen, Rittmeister a. D. Rieck, als Kandidaten auf. Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte haben dieser Kandidatur ihre Zustimmung gegeben. Der derzeitige Inhaber des Mandats, Frhr. v. Steinäcker-Rosenfelde, begründete seinen Entschluß, nicht mehr zu kandidieren, mit seinem Alter und seinen amtlichen Verpflichtungen. — Im 10. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Hildesheim-Alfeld) ist der Generalsekretär des Land- und Forstwirtschaftlichen Hauptvereins, Zürn-Hildesheim, als konservativer Kandidat aufgestellt worden. — Im Kreise Ragnit-Pillkallen ist von den Konservativen der bisherige Abgeordnete Graf von Kanitz als Reichstagskandidat aufgestellt worden. — In einer Vertrauensmännerversammlung des Ostpreußischen konservativen Vereins im Kreise Pr.-Holland wurde Landrat Dr. v. Veit-Mohrungen als Reichstagskandidat des Kreises Pr.-Holland-Mohrungen aufgestellt, da der bisherige Abgeordnete, Herr Glüer-Grogehnen, seines hohen Alters wegen nicht mehr kandidieren will.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 20. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Dr. Lentze.

Auf der Tagesordnung steht der

Eisenbahn-Etat.

Abg. **Graf Groeben** (kons.): An den Grundsätzen für die Scheidung zwischen Ordinarium und Extraordinarium wollen meine politischen Freunde unter allen Umständen festhalten. Bei den unteren Organen ist nicht überall das verantwortliche Gefühl für die Sparsamkeit vorhanden. Die ganze Verwaltung muß von diesem Geist durchtränkt werden. Die Tarifragen sind ja die pièce de resistance. Der Minister hat erklärt, daß er an eine Reform der Personentarife vorläufig nicht denkt. Wir haben stets den Standpunkt eingenommen, daß die ständige, erhebliche Verteuerung der Materialien und Erhöhung der Löhne schon eine indirekte sehr erhebliche Verbilligung der Tarife bedeutet. Das gilt auch für die Gütertarife. Die Ermäßigung eines Tarifs bedeutet vielfach eine Verschiebung zu Ungunsten eines anderen wirtschaftlichen Interesses. Diese Fragen sind also auch vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus nicht leicht zu nehmen. Gewiß hat der Berichterstatter in der Kommission im allgemeinen ganz richtig gesagt, daß billige Inlandstarife ein notwendiges Korrelat der Schutzzollpolitik sind. Aber es kommt da z. B. doch auch auf die Höhe der Auslandstarife an. Wir halten jedenfalls die allergrößte Vorsicht für geboten und wollen keine Experimente machen. Es liegen Angebote von Privatfirmen vor für den Bau von Schnellbahnen. An unserem Staatsbahnsystem darf aber nicht gerüttelt, es darf kein Konkurrenzunternehmen geduldet werden. Der Staatsbahnenverband hat sich in der bisherigen Form bewährt; weiter zu gehen, lehnen wir aber ab; die Souveränität auf unseren Bahnen wollen wir unter allen Umständen behalten. Die Unfallstatistik ist erfreulich günstiger. Das Hauptmoment ist die Erhaltung des Verantwortlichkeitsgefühls unserer Beamten. Dieses ungeheuer wertvolle Kapitel wollen wir gesund erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. **Wallenborn** (Ztr.): Wir stimmen den Grundsätzen des Ministers zu. In bezug auf die Gütertarife sind wir nicht ganz der Ansicht des Vorredners. Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sollten in jedem Falle die Arbeiterausschüsse gehört werden. Im Güter- wie im Personenverkehr ist auf eine Verbesserung der Anschlüsse großer Wert zu legen.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.): Eine vollständige Sanierung unserer Staatsfinanzen ist mit der Ausgleichsregelung noch nicht erreicht. Ein Defizit ist noch vorhanden und ist für das kommende Jahr wohl in noch höherem Umfange zu erwarten. Zu rosig ist die finanzielle Lage nicht. Es kommen nun hinzu die Ausgaben für den Kanal. An manchen Stellen wird sehr gespart und zurückgehalten. Die Ausgaben für Betriebsmittelbeschaffung sind seit 1906, wo sie noch eine viertel Milliarde betrugen, erheblich zurückgegangen. Ich habe die schwache Befürchtung, daß wir in diesellben Verhältnisse zurücksteuern, die wir glücklich überwunden zu haben glauben. Die Organisation unserer Staatsbahnen im ganzen hat sich gut bewährt. Aber die finanzielle Frage Preußens wird in diesem Jahre sehr akut werden. Unter Beibehaltung eines solchen Extraordinariums noch über das Maß der getilgten Steuern hinaus neue Steuern zu beschließen, würde unmöglich sein.

Finanzminister Dr. **Lentze**: Ich kann dem Abg. Friedberg nicht zustimmen. Es ist unmöglich, die Eisenbahnfinanzen anders zu regeln, als sie bis jetzt geregelt worden sind, denn eine andere Regelung würde tatsächlich eine wirkliche Unwirtschaftlichkeit herbeiführen. Ausgaben, die man auf Anleihen übernehmen muß, verringern selbstverständlich die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung, während die Eisenbahnrente eine höhere wird, wenn man Ausgaben aus laufenden Mitteln deckt. Ministerialdirektor Kirchhoff hat ausdrücklich erklärt, daß der preußische Staat sich genau so einrichten müsse wie das Reich, nicht mehr auszugeben, als er an dauernden Einnahmen hat. Der Finanzminister kann immer nur so weit gehen, als er Mittel hat. Richtig ist, daß im nächsten Jahre erhöhte Beträge für die Schuldentilgung einzustellen sind, weil in diesem Jahre keine Schuldzinsen zu zahlen sind. Schöner wäre eine Art Zwischenstufe gewesen. Die Befürchtung des Abg. Friedberg, daß zu wenig für Betriebsmittelbeschaffung eingestellt ist, ist nicht begründet. Die Betriebsmittel sind nicht nur dauernd auf der Höhe erhalten, sondern immer weiter ausgestaltet worden. Selbst in diesem Jahre sollen über die dauernde Erhaltung hinaus noch 162 Millionen Mark zur Erweiterung aufgewendet werden. Würden wir aus Eisenbahnmitteln für den Staatshaushalt mehr zur Verfügung stellen, als wir es getan haben, dann würden wir in Zukunft unsere Staatseinnahmen auf eine ungesunde Grundlage stellen. Das dürfen wir nicht tun, denn wir müssen für gesunde Zustände sorgen.

Minister **v. Breitenbach**: Es liegt keine falsche Sparsamkeit vor. Richtig ist ja, daß die jetzt angeforderten Mittel geringer sind als z. B. 1908. Es ist aber zu bedenken, daß trotz der starken Verkehrssteigerung ein Rückgang in der Zahl der Zugkilometer eingetreten ist. Vor allem aber hat die preußische Staatsbahnverwaltung im Laufe der letzten zehn Jahre für die Verbesserung des Oberbaues durch Verstärkung der Schienen, des Schwellenmaterials usw. und in den letzten sechs Jahren durch den Umbau der Hauptstrecken erheblich für die späteren Jahre vorgegriffen. Der Schluß ist also falsch, daß eine falsche Sparsamkeit in bezug auf die Unterhaltung der Strecken vorliegt. Die Unterhaltungskosten haben infolge der Verbesserung der Betriebsmittel ja auch relativ zurückgehen müssen; das gilt insbesondere auch für die außerordentliche Verbesserung unseres gesamten Lokomotivparks, besonders durch Einführung der Heißdampflokomotive. Ich kann auch nicht zugeben, daß sich der Staatsmagenverband nicht bewährt hat, wir hatten anfangs ein hohes Saldo bei den anderen Staaten, weil deren Wagenpark erheblich geringer war und der unsere von ihnen überaus stark ausgenutzt wurde. (Abg. v. Pappenheim: Hört! hört!) Das Saldo ist zurückgegangen, weil die anderen Staaten ihren Wagenpark inzwischen ebenfalls verstärkt haben.

Abg. **Graf Wolke** (frk.): Der Eisenbahnetat zeigt ein außerordentlich erfreuliches Bild, das Ergebnis der so plötzlich und stark aufsteigenden Konjunktur. Aber dieses Moment der Plötzlichkeit zeigt doch, wie sehr unsere Eisenbahn- und damit unsere Staatsfinanzen abhängig sind von den Schwankungen des wirtschaftlichen Lebens und wie notwendig es ist, die volkswirtschaftliche Seite pflegsam zu behandeln. Wenn es gelungen ist, diesen Schwankungen und dieser Plötzlichkeit so elastisch zu folgen, so ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102212-16/fragment/page=0001

führt das Verdienst unstreitig der zielbewußten Leitung der Eisenbahnverwaltung. (Sehr richtig!) Gerade in den letzten Jahren ist der Eisenbahnminister unausgesetzt bemüht gewesen, den ganzen großen Apparat auszugestalten.

Abg. Dr. **Pachnicke** (fortschr.): Die Betriebsergebnisse unserer Eisenbahnverwaltung sind glänzend. Der Hauptgrund liegt in der Höhe der Tarife und in der Zunahme des Verkehrs. Die Statswirtschaft muß so gestaltet werden, daß nicht ohne Not neue Steuern erhoben werden müssen. Der Verkehr wird noch erheblich steigen, das steht fest. Wir müssen das Eisenbahnnetz ausbauen, den Fuhrpark erweitern und alles tun, um unsere Anlagen betriebsfähig zu erhalten. Wir wünschen mehr Energie bei der Abänderung des Gütertarifs. Unsere Industrie hat Anspruch darauf, daß ihre Wünsche berücksichtigt werden! Die Löhne steigen ständig. Wenn die Transportkosten auch noch steigen und keine Aussicht auf Herabsetzung ist, dann kann sie in dem scharfen Kampfe auf dem Weltmarkte nicht mitkommen. Wir wünschen eine Vereinheitlichung der Gebühren, ein allgemeines deutsches Tarifamt und eine Zentralauskunftsstelle für alle diese Fragen, ferner eine Erweiterung des Wagenparks, Schonung der 4. Klasse bei der Reform der Fahrkartensteuer. Notwendig ist eine Herabsetzung der Dienstdauer des Lokomotivpersonals.

Abg. **v. Hennigs** (kons.): Wir werden verhindern, daß zum Schaden der Eisenbahnanlagen alle anderen Ressorts von den Ueberschüssen der Eisenbahnverwaltung leben. Wir dürfen die Summen, die bei einer steigenden Konjunktur mehr eingenommen werden, nicht ohne weiteres verwenden, sondern dafür sorgen, daß wir mit möglichst geringen Steuererhöhungen durchkommen.

Abg. **Schmedding** (Ztr.): Der frühere Finanzminister sagte voraus, wie es nun eingetroffen ist, daß der Ausgleichsfonds bereits 1911 mit 34 Millionen gespeist werden könne. Wir können uns bezüglich der Tilgung dem Finanzminister nur anschließen. Bezüglich der Eisenbahnunfälle steht die preußische Staatsbahn am günstigsten. Trotz dieses Resultats wird hoffentlich die Eisenbahnverwaltung nicht erlahmen, den Unfällen weiter entgegenzuarbeiten.

Abg. **Macco** (ntl.): Die Eisenbahnverwaltung muß möglichst selbständig arbeiten können und einen Ausgleichsfonds besitzen, um die Schwankungen des wirtschaftlichen Lebens auszugleichen. Die Eisenbahnverwaltung hat noch große Aufgaben. Viele Landesteile warten auf Anschluß durch Bahnen. Große Kapitalien sind hier notwendig. Die Eisenbahnverwaltung hat aber jetzt Einnahmen, wie sie in der Höhe noch nicht dagewesen sind.

Eisenbahnminister **v. Breitenbach**: Der Ansicht, daß eine Tarifermäßigung eintreten müsse, wenn wir gute Einnahmen aus den Eisenbahnverwaltungen haben, kann ich nicht ohne weiteres beitreten. So groß auch die Ueberschüsse der Staatseisenbahnverwaltung sein mögen, sie werden doch immer wieder dem Lande zugute kommen, sei es in der Ueberweisung eines Teiles für die allgemeinen Staatszwecke, sei es zur Stärkung des für Zeiten des Niederganges geschaffenen Ausgleichsfonds. Lediglich auf Grund der Tatsache, daß die Reinüberschüsse hoch sind, können Tarifermäßigungen nicht gewährt werden. Unsere Reinüberschüsse sind jetzt allerdings ungewöhnlich hoch, wie wir es noch nicht erlebt haben. Die wirtschaftliche Lage der Industrie, vor allem der Eisenindustrie, ist keineswegs so, daß eine allgemeine Tarifermäßigung eintreten hätte. Unsere Industrie hat die von England überholt. Unser Außenhandel hat sich in einer ganz ungewöhnlichen Weise entwickelt. Nun wird ja auf die sozialen Lasten hingewiesen, die unsere Industrie zu tragen hat. Aber trotzdem ist die Lage der Industrie nicht schlecht. In Betracht kommt, daß die Wasserstraßen, die 1917 fertiggestellt sein werden, dem Verkehr der Eisenbahnen erheblich Abbruch tun werden. Bezüglich der Fahrkartensteuer bestätige ich ausdrücklich, daß die Reformbestrebungen dahin zielen, die vierte Klasse unbesteuert zu lassen. Die Schülertarife sind schon so niedrig, daß man hier keine weitere Ermäßigung eintreten lassen kann. Die Sonntagskarten sollen beibehalten werden. Wir werden das Staatsbahnsystem nicht durchbrechen lassen. Für angemessene häufige und schnelle Beförderung wird Sorge getragen werden.

Die Besprechung schließt. Weiterberatung des Eisenbahnetats Dienstag 11 Uhr.

Schluß 4¾ Uhr.

Ausland.

Chinas Antwort auf die russische Note.

Wie dem Reuterschen Bureau aus Peking gemeldet wird, erfolgte gestern die Beantwortung der einzelnen Punkte der russischen Note durch die chinesische Regierung. Es verlautet, daß China die Klagen über die angebliche Beschränkung der russischen Tarifautonomie an der chinesischen Grenze nicht als berechtigt anerkennt. Das Recht der Exterritorialität der russischen Untertanen in China gibt China zu, ebenso daß der russische Handel in der Mongolei keiner indirekten, sondern nur direkten Besteuerung unterliegen dürfe. Weiter räumt China der russischen Regierung das Recht ein, Konsulate in Kobdo, Hami und Gutschen einzurichten, sobald sie kommerziell gerechtfertigt seien, was jetzt noch nicht der Fall sei. Für unberechtigt erklärt wird die Klage über die Haltung der chinesischen Behörden gegenüber den russischen Konsuln und zugestanden endlich das Recht der russischen Untertanen, in den Städten der Mongolei, in denen die russische Regierung berechtigt ist, Konsulate zu errichten, Grundstücke zu erwerben und Bauten aufzuführen. Die Antwort schließt mit der Erklärung, daß China an den Grundsätzen des Vertrages festhalten, aber einer Erweiterung nicht zustimmen werde. China werde eine verständnisvolle Haltung bewahren und bedauere tief den Wandel in der russischen Politik, der nicht im Einklang stehe mit den bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten, die eine Revision des unklaren Vertrages willkommen heißen sollten, insbesondere hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen, wie sie zum Beispiel der Bau der russischen Eisenbahnen und die Entwicklung auf anderen Gebieten seit 1881 mit sich gebracht hätten.

*

Rußland und Bulgarien. Der russische Botschafter Nekljudow in Paris ist zum außerordentlichen Gesandten in Sofia ernannt worden.

Zur Lage in Nicaragua. Das Generalkonsulat von Nicaragua in Berlin macht bekannt, daß der Minister des Aeußern von Nicaragua aus Managua telegraphiert hat, ein beträchtlicher Teil der im Arsenal befindlichen Munitionsvorräte sei gerettet worden. Im ganzen Lande herrsche vollständige Ruhe.

Aus Nah und Fern.

Die Pest. Nach einer amtlichen Mitteilung des Gouverneurs von Kiautschau aus Tsingtau ist in den letzten Tagen anscheinend ein Stillstand im Vordringen der Pest eingetreten. Bis zum 8. Februar wurden von dem chinesischen Gouverneur in Schantung 551 tödliche Pestfälle aus seinem Verwaltungsgebiet festgestellt, davon 321 in Tschifu, 49 im Kreise Tsimo und 16 in der chinesischen Kreisstadt Kiautschau. Das nichtdeutsche Kiautschaugebiet und das deutsche Schutzgebiet sind pestfrei. Die chinesischen Behörden brinzgen den sanitären Maßnahmen unserer Behörden großes Verständnis und bereitwilligste Unterstützung entgegen. — Der „Deutsche Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung vom 18. d. Mts., nach der alle aus chinesischen Häfen kommenden Schiffe und ihre Insassen bis auf weiteres vor der Zulassung zum freien Verkehr ärztlich zu untersuchen sind. — Vom japanischen Generalgouverneur von Kwantung, Oshima, ist dem chinesischen Vizekönig Hsiliang in Mukden die Einsetzung einer japanisch-chinesischen Kommission zur Bekämpfung der Pest vorgeschlagen worden. Die chinesische Regierung hat sie aber abgelehnt. Die Ablehnung hat in Japan sehr verstimmt.

Der Sturm und seine Folgen. Aus Berlin, 20. Februar, wird gemeldet: Die transportable Ballonhalle, die beim Luftschifferbataillon zur Aufnahme des Luftschiffs „Z. 2" dienen soll, ist durch den Sturm beschädigt worden. Von der 150 Meter langen Halle waren 100 Meter aufgestellt. Sie bestand aus eingegrabenen eisernen Säulen, über die Zeltleinwand gespannt war. An der Süd- und Westseite der Halle ist die Leinwand in Fetzen gerissen. Der Inspekteur der Verkehrstruppen erschien gegen Mittag und besichtigte den Zustand der Halle. — Sodann besagt ein Bericht aus Cuxhaven, 20. Februar: Bald nach Mitternacht sprang der Wind nach Nordwesten um und nahm unter Regen und Hagel eine außerordentliche Stärke an. Die See wurde hoch aufgeworfen und ergoß sich in gewaltigen Wassermassen in die Elbe. Die Flut stieg so schnell, daß man im Hafen kaum noch das Nötigste in Sicherheit bringen konnte. Gegen 6 Uhr morgens erreichte die Flut ihren höchsten Stand mit 7,12 Metern. Die Hafengegend stand hoch unter Wasser, und die vom Sturm gepeitschten Wellen haben überall Schaden angerichtet, über dessen Umfang noch keine genauen Mitteilungen vorliegen. In dem fürchterlichen Seegang strandete das von Chile nach Hamburg bestimmte große Hamburger Vollschiff „Steinbek". Der Bremer Dampfer „Werdenfels" stieß in der Elbmündung mit dem englischen Dampfer „Cogent" zusammen, wobei dieser schwer beschädigt wurde. In der Elbmündung befinden sich außer mehreren großen Segelschiffen rund 60 Dampfer, die hier vor dem Sturm und Unwetter Schutz suchen.

Einsturz eines Warendocks. Der Einsturz eines Warendocks im Hafen von Antwerpen verursachte einen gewaltigen Schaden. Für 800 000 Fr. Baumwolle wurden vernichtet. Das Dock war von einer deutschen Gesellschaft für eine Million Franken gebaut worden.

Eine Million Kronen Brandschaden. Am Sonntag abend brach in den Lagerhäusern der Staatsbahn in Szegedin Feuer aus und äscherte die Bureauräume ein. Bald darauf brannten mehrere Staatsbahn-Werkstätten mit Wagen nieder. Der Schaden wird auf eine Million Kronen geschätzt.

Auf Berufung des Kriegsherrn wurde gestern ein Leutnant zur See vom Kieler Oberkriegsgericht der Hochseeflotte wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zur Dienstentlassung und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. In erster Instanz war auf 45 Tage Gefängnis und Dienstentlassung erkannt worden.

Sozialdemokratische Anmaßungen. Wie man aus Köln meldet, kam es gelegentlich des Begräbnisses eines Sozialdemokraten zu einem Zusammenstoß zwischen Leidtragenden und Polizisten, weil die letzteren die Entfernung der roten Kranzschleifen verlangten. Als dieses verweigert wurde, erschien auf dem eine Stunde abseits von Köln gelegenen Südfriedhofe ein starkes Polizeiaufgebot mit einem Polizeiinspektor und zwei Kommissaren an der Spitze. Bei der gewaltsamen Entfernung der Schleifen gerieten die Beamten mit den Sozialdemokraten in ein Handgemenge. Der amtierende Priester verließ den Friedhof, ohne die Zeremonie zu beenden. Die Polizisten besetzten die Gruft, um Grabreden zu verhindern. Der Vorgang wird ein richterliches Nachspiel haben.

Mordprozeß Knitelius. Am Sonntag, den 20. Oktober 1908, wurde in Magdeburg, wie noch erinnerlich sein dürfte, der Apotheker Rathge erschossen. Während der Komplize, der „Detektiv" Ritter, auf der Flucht ergriffen wurde, gelang es dem eigentlichen Täter, sich in Sicherheit zu bringen. Nachdem man, wie wir seinerzeit ausführlich berichteten, in einem gewissen Otto Knitelius den Mörder feststellte, wurde er mit Hilfe des Berliner Erkennungsdienstes, der sein Bild in vielen Exemplaren überallhin verbreitet hatte, in einem Vorort von Rio de Janeiro ermittelt, wo er sich durch Sprachunterricht an Offiziere, Studenten usw. ernährte und sich des besten Rufes erfreute. Nach Erledigung der üblichen Auslieferungsverhandlungen wurde er dem Untersuchungsgefängnis in Magdeburg zugeführt. Am 6. März wird der Prozeß gegen Knitelius wegen Mordes seinen Anfang nehmen.

Die Studentenkrawalle in Petersburg. Infolge der Obstruktion der Studenten kam am Montag fast keine Vorlesung zustande, trotzdem die Hörsäle von der Polizei scharf bewacht wurden. Auch in den höheren Frauenkursen wurden fast alle Vorlesungen unterbrochen.

Die Feuersbrunst auf dem Güterbahnhof in Le Havre erlosch gestern vormittag. Der Schaden beträgt 3 Millionen Francs, wovon 2 Millionen auf verbrannte Waren entfallen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Hochwasservorhersage.

Wie die Elbstrombauverwaltung meldet, ist nach einem gestern nachmittag in Magdeburg eingegangenen Telegramm der hydrographischen Landesabteilung der k. k. Statthalterei zu Prag am Donnerstag vormittag ein Höchststand von 4,50 m am Pegel zu Torgau zu erwarten.

Die Bekämpfung der Wanderlager in Anhalt.

Der Bekämpfung der Wanderlager widmet die Handwerkskammer für das Herzogtum Anhalt in der letzten Zeit verschärfte Aufmerksamkeit. Trotz der relativ hohen Wanderlagersteuer von 80 Mk. für den Betrieb und je 50 Mk. für den Auktionstag haben sich doch die Wanderlagerbetriebe in den größeren anhaltischen Städte in einer das seßhafte Gewerbe schwer schädigenden Weise bemerkbar gemacht. Es ist deshalb von der Handwerkskammer im vorigen Jahre die Bitte an die Staatsregierung gerichtet worden, sie möchte eine Erhöhung der Wanderlagersteuer auf 150 Mk. für die Woche und 100 Mk. für den Auktionstag herbeiführen. Auch soll die Eröffnung der Wanderlagerbetriebe von einer behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht werden. Die von Preußen gemachten, nicht so weit gehenden Vorschläge, über die sich die Kammer äußern sollte, haben letztere von ihrer Anschauung nicht abgebracht. Die für Preußen angegebenen Voraussetzungen träfen für das anhaltische Staatsgebiet nach keiner Weise zu. Einmal machten sich die Wanderlager nicht in den dünn bevölkerten Gegenden, sondern nur in anhaltischen Städten bemerkbar. Und hier würden dem Publikum nicht etwa nur Waren zugeführt, die am Platze nicht zu haben seien. Der Vorstand der Handwerkskammer halte grundsätzlich daran fest, daß nur eine scharfe Besteuerung der Wanderlagerbetriebe in Verbindung mit der Einreihung der Wanderlager unter die genehmigungspflichtigen Betriebe die Waffen seien, die ein Ankämpfen gegen das Ueberhandnehmen der Schädigungen des Gewerbestandes durch die Wanderlager mit Erfolg ermöglichen könnten.

*

— **Weißenfels**, 20. Februar. (Der Ausstand in Weißenfels.) Heute wurden 85 Schuhfabriken, d. s. 60 Prozent, infolge des Ausstandes der Schuharbeiter geschlossen.

Kurorte, Reisen und Wintersport.

R. **Oberhof**, 19. Februar. Trotz des auch hier eingetretenen Tauwetters sind doch gestern und heute reichliche Mengen von Neuschnee niedergegangen, sodaß noch auf eine ersprießliche Ausübung des Wintersports gehofft werden kann. Aus diesem Grunde beschloß der Wintersportverein Oberhof, am nächsten Sonnabend und Sonntag ein Sportfest zu veranstalten.

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 21. Februar.

Reichstagskandidatur der rechtsstehenden Wähler in Halle-Saalkreis.

In seiner gestrigen Sitzung hat der Vorstand des konservativen Vereins für Halle und den Saalkreis einstimmig beschlossen, der am 7. März tagenden Generalversammlung als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl Herrn Bergrat Schrader-Halle a. S. vorzuschlagen. Herr Bergrat Schrader wird sich im Falle seiner Wahl der freikonservativen Fraktion anschließen.

Das ist für unseren Wahlkreis ein bedeutsames Ereignis. Sein Bekanntwerden wird für viele erlösend wirken. Denn die Kandidatur muß als eine außergewöhnlich glückliche bezeichnet werden. Wirtschaftliche Erfahrung und politische Mäßigung vereinigen sich in Herrn Bergrat Schrader in seltener Weise und als Freund seiner vielen Zehntausende von Untergebenen hat er sich als langjähriger Generaldirektor der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft die aufrichtige Liebe zahlloser königstreuer Männer in unserer Nachbarschaft erworben. In der Tat ist es so jedem patriotischen Wähler unseres Wahlkreises leicht gemacht, sich im nächsten Wahlkampfe für einen Mann zu entscheiden, auf dessen Vertretung er stolz sein kann. Wir begrüßen Herrn Bergrat Schrader mit einem herzlichen „Glück auf!"

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Halle a. S., 20. Februar 1911.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher-Stellvertreter Justizrat Dr. Föhring.

Dieser bringt zunächst eine Mitteilung des Oberbürgermeisters Dr. Rive zur Kenntnis, nach welcher das sozialdemokratische „Volksblatt" den gegen den Herrn Oberbürgermeister erhobenen Vorwurf der Unwahrhaftigkeit zurückgenommen hat. Einige Eingaben werden dem Bauausschuß zur weiteren Erörterung überwiesen. Weiter ist ein Schreiben der Immobilien-Erwerbsgesellschaft eingegangen, in der sich diese gegen die Erklärungen des Oberbürgermeisters über die Wohnungsverhältnisse in dem Grundstück Sophienstraße 40 wendet. Stadtv. Blumenstreit rügt, daß sich die Wohnungsinspektion polizeiliche Befugnisse zulege, obwohl diese Einrichtung lediglich eine Wohlfahrtseinrichtung sei. Wohl sei die eine Wohnung ganz schlecht, die anderen wären minderwertig, aber doch bewohnbar. Wozu sei eine Wohnungskommission da? Das Frl. Doktor scheine ihre Befugnisse überschritten zu haben. In Halle besteht eine große Wohnungsnot in Kleinwohnungen. Wenn man nun so rigoros vorgehen wolle, wohin sollen dann die Insassen solcher beanstandeten Wohnungen gebracht werden? — Bürgermeister v. Holly bittet, heute — in Abwesenheit des Oberbürgermeisters — von einer weiteren Behandlung dieser Angelegenheit absehen zu wollen. — Das bezeichnete Schriftstück wird dem Petitionsausschuß überwiesen und nunmehr an die Beratung der Tagesordnung gegangen.

1. Verstärkung der bei Kap. XII B 8b für Futter und Streu der Feuerwehrpferde vorgesehenen Mittel. Für die Futterung der im Straßenreinigungsdepot verpflegten 12 Feuerwehrpferde sind 7860 Mk. vorgesehen. Infolge Steigens der Futterpreise wird diese Summe in laufenden Jahre um rund 1000 Mk. überschritten. Es wird daher vom Magistrat beantragt, sie um letzteren Betrag aus Kap. XX Pos. 11, die zurzeit noch einen Bestand von 88 488,38 Mk. nachweist, zu verstärken. Nach Antrag des Berichterstatters, Stadtv. Springer, wird die Vorlage angenommen.

2. Nachbewilligung für den Anstrich des Gasbehälters auf Gasanstalt I. Die in der Reiterwaltung für 1910 zum Anstrich des Gasbehälters auf Gasanstalt I vorhandenen Mittel sind um 648,51 Mk. überschritten worden, als Folge gesteigerter Materialpreise und Aufbesserung der Löhne. Die Versammlung genehmigt nachträglich nach Befürwortung durch den Berichterstatter, Stadtv. Knabe, diese Ueberschreitung von 648,51 Mk. aus den Ueberschüssen der Gasanstalt.

3. Vergleich über Aufteilung gemeinschaftlicher Angelegenheiten und Mittelbewilligung. I. Die Gemeinde Ammendorf hat im Juli 1909 bei der Generalkommission den Antrag gestellt, die Vertretung und Verwaltung der durch den Separations-Rezeß von Ammendorf, Beesen und Planena begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu regeln. Unter den Beteiligten ist ein Vergleich dahin zustande gekommen, daß die gemeinschaftlichen Wege, Gräben usw. gegen Uebernahme der Unterhaltungspflicht der politischen Gemeinde überwiesen werden, in deren Bezirke sie gelegen sind. Die im Gutsbezirke Beesen gelegenen gemeinschaftlichen Angelegenheiten gehen danach in das Eigentum der Stadtgemeinde Halle über. Die örtlichen Verhältnisse bedingen zum Teil eine Abweichung von dem dem Vergleiche zu Grunde liegenden Prinzip. Insbesondere mußte im Interesse der unbehinderten Durchführung der Gerwische-Regulierung (siehe II) seitens der Stadtgemeinde darauf gedrungen werden, daß das Flußbett der Gerwische, auch soweit es nicht im Gutsbezirke Beesen liegt, ganz in das Eigentum der Stadtgemeinde übergeht. Der Stadt erwachsen durch die Uebernahme keine neuen Lasten; die Unterhaltung der im Gutsbezirke gelegenen Besitzstücke der Interessentengemeinschaft lag ihr nach dem Rezeß schon jetzt ob. II. Neben den zu I getennzeichneten Verhandlungen laufen seit Jahresfrist die Verhandlungen wegen Durchführung der zum Schutz der Wassergewinnungsanlage in Beesen erforderlichen Regulierung der Gerwische. Mit den beteiligten Gemeinden und der Separationsinteressenten in bezug auf die Gerwische, ist nun folgende Vereinbarung getroffen worden: Die Stadtgemeinde zahlt zur Ablösung der den Gemeinden Ammendorf, Beesen und Planena zustehenden Fischereigerechtigkeit an der Gerwische eine einmalige Abfindungssumme von 1000 Mk. Die Gemeinden lassen ihren Widerspruch gegen die Regulierung der Gerwische fallen und sind damit einverstanden, daß der ganze Flußlauf bis einschließlich Steinlache in das Eigentum der Stadt übergeht. 1911 soll die Regulierung von der Schafbrücke bis zur Kreuzung des Weges Ammendorf—Planena ausgeführt werden. Der übrige Teil soll von der Stadtgemeinde Halle a. S. spätestens bis 1915 reguliert werden. Das freie Durchflußprofil des regulierten Wasserlaufes darf nicht durch Wasserleitungsrohre verengt werden. Die Grasnutzung der Gerwische, soweit sie nach der Regulierung der Gerwische noch vorhanden ist, verbleibt den Grundstücksanliegern. Die Mittel sollen aus dem Reservefonds der Wasserwerke genommen werden. Die Versammlung stimmt nach den Anträgen der Berichterstatter, Stadtv. Lindner und Pfautsch, für die Vorlage.

4. Nachbewilligung für Herstellung der Gimritzer Mühle. Die Abrechnung hat ergeben, daß die gesamten Aufwendungen für die Instandsetzung des Mühlengebäudes und für die Mühleneinrichtung sich auf 43 835,56 Mk. belaufen. Da bewilligt worden sind: 35 300 Mk., so macht sich eine Nachbewilligung von 8535,56 Mk. erforderlich, welchen Betrage noch 19,46 Mk. hinzutreten, die von der Stadthauptkasse beim Jahresschluß irrtümlich in Abgang gestellt worden sind. Die erhebliche Ueberschreitung der bewilligten Bausumme erklärt sich daraus, daß wiederholt bei der fortschreitenden Instandsetzungsarbeit sich herausstellte, daß Holzwerk und Maschinenteile, deren Weiter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102212-16/fragment/page=0002

verwendung ohne Ausbesserung in Aussicht genommen war, in dem vorhandenen Zustand nicht belassen werden könnte. Der Ueberschreitung steht eine Einnahme von 2500 Mk. gegenüber, welche von Herrn Oberamtmann Görg als sofortige Amortisation auf einen Teil der Mühleneinrichtung gezahlt und bei dem Landgüter-Erneuerungsfonds vereinnahmt worden ist. Herr Görg hat sich außerdem vertraglich verpflichtet, von den Instandsetzungskosten den Betrag von 20 200 Mk. mit 4 vom Hundert zu verzinsen und während der Pachtzeit voll zu amortisieren. Nach eine weitere Nachbewilligung ist zu beantragen: während der Ausführung der Reparaturarbeiten in der ehemaligen Stärkefabrik (jetzt Müllerwohnhaus und Polenkaserne des Gutes Gimritz) mußte nach einander verschiedenen Auflagen der Baupolizei-Verwaltung nachgekommen werden. Magistrat beantragt: Für Herstellung der Mühle und Mühleneinrichtung 8555,02 Mk., für baupolizeiliche Auflagen in der ehemaligen Stärkefabrik 3942,37 Mk., zusammen 12 497,29 Mk. nachzubewilligen mit der Maßgabe, daß der Betrag aus dem Landgüter-Erneuerungsfonds zu nehmen ist. Die Berichterstatter Stadtv. Lindner und Döhler befürworten die Annahme, Stadtv. Giese bemängelt das Verfahren der Landgüterdeputation und erklärt sich gegen die Vorlage, denn die Versammlung habe hier lediglich die Aufgabe, Ueberschreitungen nachzubewilligen. — Stadtrat Köcher sucht diese Ausstellungen zu entkräften. Nachdem noch einige Redner für und wider gesprochen hatten, werden die Ueberschreitungen nachbewilligt.

5. Erhöhung des Einkaufgeldes für das Riebeck-Stift. Versammlung stimmt zu, das Einkaufgeld für eine Stelle im Paul-Riebeck-Stift vom 1. April 1911 ab auf 1000 Mk. zu erhöhen. Die laufenden Ausgaben sind seit der Eröffnung der Stiftung erheblich gestiegen. Der jetzt für eine Kaufstelle zu zahlende Betrag von 600 Mk. steht in keinem Verhältnis zu den Wohltaten, die den Stiftsinsassen gewährt werden. — Berichterstatter Stadtv. Pfautsch.

6. Landverkauf an der Ringstraße. Zwei zahlungsfähige hiesige Bürger, die vorläufig nicht genannt sein wollen, haben sich bereit erklärt, die in den Lageplänen mit 22 und 23 bezeichneten Baustellen an der Ringstraße zu den von der Baudeputation festgesetzten Preisen unter der Bedingung zu erwerben, daß ihnen die Flächen frei von Straßenausbau- und Freilegungskosten übereignet werden. Der Gesamtkaufpreis beträgt etwa 39 080 Mk. Die Berichterstatter Stadtvv. Blumentritt und Renner befürworten die entsprechende Magistratsvorlage, die auch angenommen wird.

7. Fluchtlinienänderung Ecke Dessauer- und Dittenbergerstraße. Der Zimmermeister Aug. Dohme beabsichtigt, das von ihm erworbene Grundstück an der nordöstlichen Ecke der Dessauer- und Dittenberger-Straße zu bebauen. Das Projekt sieht, abweichend von der bestehenden Fluchtlinie, eine Eckverbrechung und teilweise Freilegung des Vorgartenlandes vor. Der Magistrat hat mit dem genannten Unternehmer vereinbart, daß er die nach der abzuändernden Fluchtlinie zur Straße entfallende Parzelle von etwa 11 Quadratmeter Größe unentgeltlich an die Stadtgemeinde auflässt und die Kosten der Befestigung des Landes trägt. Die Versammlung erklärt sich nach dem Antrage des Berichterstatters Stadtv. Emmer damit einverstanden.

8. Fluchtlinienänderung Trothaer Straße zwischen Mötzlicher und Oppiner Straße. Bei Prüfung eines Bauantrages für die Trothaer Straße hat sich ergeben, daß dort verschiedene Häuser von der Fluchtlinie ein wenig angeschnitten werden. Hierdurch sind die Häuser in unangenehmer Weise belastet, ohne daß die Allgemeinheit durch diese ganz geringfügige Verbreiterung einen entsprechenden Nutzen hat. Die Versammlung stimmt deshalb zu, daß andere Fluchtlinien festgesetzt werden. — Berichterstatter Stadtv. Reichardt.

9. Fluchtlinienänderung Dölauer Straße und Straße E des Cröllwitzer Bebauungsplanes. Die Versammlung genehmigte, daß an die im Jahre 1907 festgesetzte Straßeneinmündung und die auf eine Front von 10 m festgesetzten Fluchtlinien aufgehoben werden, b) die von der ehemaligen Gemeinde Cröllwitz festgesetzte Führung der Straße E bestehen bleibt und c) daß auf der Westseite dieser Straße die in dem angelegten Plane projektierten Vorgärten sowie die mit dem Buchstaben A, B, C, D, E, F und G, H gekennzeichneten Baufluchtlinien festgesetzt werden. — Berichterstatter Stadtv. Reichardt.

10. Gesuch des V. kommunalen Bezirksvereins um Beseitigung des bei Glätte äußerst gefährlichen Riffelplattenbelags des oberen Mühlwegs. Auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Renner wird diese Eingabe dem Magistrat als Material überwiesen und die Einstellung in den nächstjährigen Stadthaushaltplan befürwortet.

11. Vermietung der Turnhalle auf dem Roßplatze während der Märkte. Versammlung stimmt zu, daß die Turnhalle auf dem Roßplatze zur Benutzung als Schanklokal während der 1911 stattfindenden Kram- und Viehmärkte an den Restaurateur Friedrich Emmer hier für den Mietzins von 1810 Mk. unter den Bedingungen vom 6. Januar 1911 vermietet wird. Im Vorjahre wurden 2220 Mk. Miete gezahlt. Oeffentliche Ausschreibung hat stattgefunden. Herr Emmer war mit 1810 Mk. Meistbietender. — Berichterstatter Stadtv. Blumentritt.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Letzte Telegramme.

Das Sturmwetter.

Berlin, 21. Februar. Der Sturm dauerte auch während des gestrigen Tages an. Ebenso wie gestern früh in Berlin, entfud sich abends gegen 7 Uhr in Köln ein Gewitter. In Hamburg wurde die Flut mit solcher Gewalt die Elbe hinaufgetrieben, daß die normale Höhe z. Zt. des Hochwassers bei weitem überschritten war. In ganz Deutschland waren erhebliche Fernsprechstörungen zu verzeichnen. In vielen Teilen Schlesiens ist Hochwasser eingetreten. In Ostgalizien nimmt infolge der grimmigen Kälte die Wolfsplage überhand. Bei der russisch-polnischen Station Grodnitki stürzten während des Schneesturmes zwei Güterzüge um. 15 Güterwagen wurden zertrümmert.

Internationaler Studentenverein.

Berlin, 21. Februar. Der internationale Studentenverein hielt gestern seine Eröffnungsversammlung ab. 15 Delegierte verschiedener Nationen hielten Begrüßungsansprachen.

Die Zoppoter Mordtat.

Zoppot, 21. Februar. Der Seefahrer Gaffke, der die Mutter seiner Verlobten, Frau v. Laszewski, ermordete, hat einem Gefängniswärter gegenüber erklärt, er habe die Ermordete am Morgen des 10. Januar mit einem kurzen Bleistock getötet und dann sein Opfer die Treppe hinabgestoßen, um den Schein eines Unfalls zu erwecken. Es wird jetzt bekannt, daß Gaffke auch auf andere Weise versucht hat, Frau von Laszewski aus der Welt zu schaffen. Er hatte Grünspan dem Morphium beigegeben, das Frau von Laszewski regelmäßig nahm. Trotz wiederholter Versuche erreichte er aber sein Ziel nicht.

Börsen- und Handelsteil.

Wegelin & Hübner Akt.-Ges., Halle a. S.

Die ordentliche Generalversammlung am 20 cr., in welcher ein Kapital von 2 358 000 M. durch 64 Aktionäre vertreten war, genehmigte einstimmig sämtliche Punkte der Tagesordnung, nahm die Wiederwahl des turnusgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedes, Herrn Justizrat Arthur Graw, Berlin, vor und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 13% (gegen 12 im Vorjahre) fest. — Der Verkauf der im Besitz der Gesellschaft befindlichen Aktien der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik Akt.-Ges., Stralsund-Barth, ist perfekt geworden und der Preis hierfür geht der Firma noch im Laufe dieses Jahres zu. — Die Direktion berichtete, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre ein normaler sei.

Naumburger Braunkohlen — Riebeck Montan.

Die außerordentliche Generalversammlung der Naumburger Braunkohlen A.-G. genehmigte mit 3470 gegen 311 Stimmen die Fusion mit den Riebeckschen Montanwerken in Halle.

Die türkisch-französischen Anleiheverhandlungen.

Nach Mitteilungen aus Pariser Börsenkreisen sind die seit einiger Zeit schwebenden Anleiheverhandlungen der türkischen Regierung und der Gruppe der von dem früheren Ministerpräsidenten Rouvier geleiteten „Banque française pour le Commerce et l'Industrie" dem Abschluß nahe. Der ursprüngliche, mit 40 Millionen Franks in Aussicht genommene Betrag sei auf 5 Millionen türkische Pfund erhöht worden. Die Anleihe werde eine vierprozentige und in 45 Jahren rückzahlbar sein. Die französische Bankgruppe werde die erste Hälfte im Frühjahr und den Rest später ausgeben. Der „Liberté" zufolge sollen als Bürgschaft die Zolleinnahmen mehrerer kleinasiatischer Wilajets dienen. Der Erlös werde zu Straßenbauten verwendet werden.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Berlin**, 20. Februar. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) **Weizen** per 1000 kg. Inländ. 197—199 M. Märkischer und Havelländer —,— ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im laufenden Monat —,— M, Mai 204,75—204,25—204,50 M, Juli 205,50—205,25 M Tendenz: ruhig. **Roggen** für 1000 kg, Inländischer 150,00—151,00 M ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme i. laufenden Monat —,— M, im Mai 159,25—158,75—159,00 M, Juli —,— M. Tendenz: matter. **Hafer** per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im Mai 157,50—157,00 M, Abnahme im Juli 159,50—159,25 M. Tendenz: matter. **Mais** per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai —,— M, im Juli —,— M. Tendenz: geschäftslos. **Weizenmehl** per 100 kg brutto einschl. Sack: Nr. 00 24,25 bis 27,50 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: etw. matter. **Roggenmehl** Nr. 0 und 1 19,00—21,40 M, Abnahme im März —,— M, im Mai —,— M Tendenz: ruhig. **Rüböl** für 100 kg mit Faß. Abnahme im laufenden Monat —,— M, im Mai 61,40—61,30 M Tendenz: matt.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) **Berlin**, 20. Febr. **Weizen** loko 197—199 M ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bid —,— M, Dezember —,— M. — **Roggen** loko 150,00—151,00 M ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— M — **Gerste**, leichte inländische Futtergerste 142,00—159,00 M, schwere do. 160,00—172,00 M, russische und Donau leichte 135,00 bis 138 M, do. schwere 139—145 M ab Wagen und ab Bahn. — **Hafer**, märk, mecklb., pomm., pol., schles. fein 174—183, do. mittel 164—173, do. gering 157—163, russischer feiner 168—180, mittel 156—167 M, gering 152—155 M ab Wagen und ab Bahn. — **Mais**, amerikan. mixed 136—141 M, do. abfall. —,— M, runder 140—145 M, frei Wagen. — **Erbsen**, inländische Futterware, mittel 153—157 M, russische do. 153—157 M, feine Taubenerbsen 158—166 M, Viktoriaerbsen ——— M, kleine Kocherbsen ——— M frei Wagen und ab Bahn. **Weizenmehl** 00 loko 24,50—27,50 M. **Roggenmehl** 0 u. 1 loko 19,10 bis 21,40 M. **Weizenkleie**, grobe 9,75—11,10 M, feine 9,75 bis 11,10 M. **Roggenkleie** 9,50—10,25 M.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 20. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen** Berlin 755 gr., Mai 204,50, Juli 205,25. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 147,45, Mai 156,70, Chicago Northern I Spring, Mai 146,90, Juli 138,00. Liverpool Red Winter Nr. 2. März 158,25. Paris Lieferungsware Febr. 219,10, Budapest Lieferungsware April 200,55. Odessa Mai 9 1/16 3—4 % Bel. einschl. Bordospesen loko 139,70. Buenos-Aires Durchschnittsqualität bordfrei —,—. **Roggen**: Berlin 712 gr. Mai 157,00, Juli —,—. Odessa 9 10/16 einschl. Bordospesen loko 98,85. **Hafer**: Berlin 450 gr. Mai 157,00, Juli 159,25. **Mais**: Berlin Lieferungsware Mai —,—, Newyork mixed Mai 93,50. Buenos-Aires Durchschnittsqualität bordfrei —,—.

L. **Hamburg**, 20. Februar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen**: Durum I Dufuth Jan./Febr. 222 M, Manitoba Jan./Febr. Nr. II 224 M, III 220 M, IV 217 M, V 208 M, Rosafe 77 kg Jan. 212 M, 79 kg Jan./Febr. 213 M, Barusso 80 kg Jan./Febr. 216 M, Orenb. 76/77 kg Jan./Febr. 208 M, 77/78 kg Jan./Febr. 210 M, Ulka 10 Pud 4 % Jan./Febr. 210 M — **Roggen**: Südr. 9 Pud 15/20 Febr. 160 M, März 161 M — **Futtergerste**: Südr. 58/59 kg schw. 129 M, Jan. alt 12 % M, Febr. 126 M, März 123 M, April 119 M, Mai/Juni 119 M — **Hafer**: Nordruff. 50/51 kg 3 % Febr. 163 M, Febr./April 15 % M, Febr./Mai —,— M, La Plata 49 kg Febr. 119 M, März 149 M — **Mais**: La Plata Jan. Febr. 136 M, Mai/Juni 142 M, Mixed schwim. 127 1/4 M, März 128 M, Odessa schwim. 128 M, März 128 1/4 M

Düngemittel.

— **Magdeburg**, 20. Februar. (Dünge- und Futtermittel. (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15—16 % Lieferung Frühjahr 1911 9,45 M ab Magdeburg, schwefelf. Ammoniak 20 % 65 4/9 pr. % ab Magdeburg, Kalikuchdüngemittel, 17—20 % 52—53 4/9 pr. % und 25—16 % 8,00—8,30 M per 50 kg frachtfrei jeder deutschen Bahnstation, aufgeschlossen. Peruguano 7 + 9 % 7,90 M pr 50 kg ab Magdeburg, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 7,80 M per 50 kg und Superphosphat 17—19 % 17 4/9 pr. % frachtfrei Stationen des Sächsischen Vertragsgebietes, Kalidüngesalz 20 % 2,80, 30 % 4,35, 40 % 6,20 M, Kainit 12 % 1,20 M pr. 100 kg ab Paritätsstationen, Thomasschlackenmehl 14—18 % zu Syndikatspreisen, Baumwollsaatmehl 55—58 % 8,00 M, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 7,00 M, Sesamkuchen 50—54 % 6,55 M, Mohnkuchen 40—43 % 6,65 M, Rapskuchen 40 bis 43 % 5,40 M, Hudbesche Kokoskuchen 30 % 7,65 M, Hudbesche Palmkernkuchen 24—26 % 6,00 M, Maisölkuchenmehl 30—34 % 7,40 M, Maizenahrmehl 25—30 % 6,70 M, Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 4,75 M, aromat. Schlempe 30—35 % 5,80 M, Oelsaatmehl 20—24 % 4,20 M, Fischfuttermehl, zirka 60 % und 15 % phosph. Kalk 12,00 M, Original Liebigs Fleischfuttermehl 90 % 13,50 M, Knochen-Präzipitat (Futterkalk) zirka 40 % 10,00 M, bei Wagenladungen Frachtparität ab Magdeburg.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 18. Febr. (Hopfenbericht.) Gegen das Wochenende zu hat sich der Markt ziemlich abgeschwächt, so daß nur ein Wochenumsatz von insgesamt 300 Ballen zu verzeichnen ist. Die Preise sämtlicher Sorten sind zugunsten der Käufer. Wochenzufuhr 400 Ballen. Tendenz sehr ruhig.

Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 100 M, mittel do. bis 118 M, prima bis 128 M, Gebirgshopfen bis 130 M, geringe Aischgründer bis —, mittel do. bis —, prima do. bis —, geringe Hallertauer bis 105 M, mittel do. bis 125 M, prima do. bis 135 M, Hallertauer Siegelgut bis 140 M, geringe Elsässer bis —, mittel do. bis 120 M, prima do. bis 128 M, geringe Badische —, mittel do. bis 125 M, prima do. bis 130 M, geringe Württemberger bis 105 M, mittel do. bis 120 M, prima do. bis 140 M, mittel Posener bis — M, prima do bis — M, Spalter Land. leichte Lagen bis 130 M, do. schwere Lagen bis 140 M. Auscheer, unballiert, verzollt bis —, Steyermärker, verzollt bis —, Galizier, verzollt bis — M, Russen, verzollt bis — M, Englische, verzollt bis — M, Belgische verzollt bis — M, 1909er Hopfen bis — M. Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 20. Februar von der Preisberichtsstelle des D. L.-R. — Für Eßkartoffeln ist bezahlt worden in Mk. für 50 kg in **Berlin**: Rote Daber 2,10—2,35; Andere rote Sorten 1,90—2,00; Magnum bonum 2,60—2,80, Weiße runde 2,00—2,10. **Magdeburg**: Rote Daber 2,20—2,35; Andere rote Sorten 2,15 bis 2,35; Magnum bonum 3,00—3,10; Weiße runde 2,20—2,35; Gelbfleischige rote 3,10—3,35. **Leipzig**: Rote Daber 2,60, Andere rote Sorten 2,50; Magnum bonum 3,10; Weiße runde 2,50; Gelbfleischige rote 3,30. Futter- und Brennware: **Magdeburg**: Rote Daber 1,45; Andere rote Sorten 1,45; Weiße Sorten 1,45. **Leipzig**: Andere rote Sorten 1,95; Weiße Sorten 1,95.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Station Station, in Mk. für 50 kg. Die Fabriken sind alphabetisch geordnet. **Flocken**: Altheim i. Niederbayern Stat. Altheim 8,60 (bez.), Bysow b. Wend. Tychow Stat. Zitzewitz 7,00 (bez.), Beutnitz i. d. Mark, Stat. Beutnitz 7,40 (bez.), Bolkenhain Stat. Bolkenhain 7,65 (bez.), Bülzringen bei Neuhaldensleben Stat. Neuhaldensleben 8,00 i. kl. Posten (bez.), Dettmannsdorf-Rölzow Stat. Dettmannsdorf-Rölzow i. Mecklb. 7,60 (bez.), Dobieschau b. Smogulec Stat. Brachfelde 7,50 (Verk.), Dolbergen i. Hann. Stat. Dolbergen 8,20 (bez.), Gauronitz b. Roschano Stat. Poledno (Anschlußgleis Gauronitz) 7,50 (Verk.), Hundisburg Stat. Hundisburg 7,80 (bez.), Kambs b. Röbel Stat. Röbel 7,60—7,80 (bez.), Kargowi. Mecklb. Stat. Kargow 8,00 (bez.) kleine Posten, Königsberg i. Pr. Stat. Königsberg 7,75 (bez.), Koppitz O.-Schl. Stat. Grottkau 7,25 (bez.), Maldeuten i. Ostpr. Stat. Maldeuten 8,00 (bez.), Mendenau b. Schwekatowo Stat. Mendenau 7,25, Mondschütz i. Schles. Stat. Wohlau 7,15 (Käufer), Neumark i. Westpr. Stat. Neumark 7,30 (bez.), Pirk i. Vogtl. Stat. Pirk 8,50 (Verk.), Polchow b. Wangerin i. Pom. Stat. Wangerin 7,35 (bez.), Pogarowo b. Wronke Stat. Wronke 7,40 (bez.), Radojewo Stat. Posen-Gerberdamm 7,05 (bez.), Ramten b. Rössel Stat. Rössel 7,50 (bez.) Lief. Februar bis Juli, Rombschin Stat. Rombschin 7,75 (Verk.) 7,40 (Käufer), Schwieben Stat. Post 7,10 (bez.), Uetz b. Mahlwinkel Stat. Mahlwinkel 8,00 (bez.), Welna b. Parkowo Stat. Parkowo 7,10 (bez.), Zalachowo b. Labischin Stat. Zgin 7,00 (bez.), Zobten a. Berge Stat. Zobten 7,50 (Verk.) für kleine Posten. **Schnitzel**: Altmarkin b. Fritzow i. Pomm. Stat. Fritzow 6,75 (Käufer.), Calbe Stat. Calbe a. S. 7,50 (bez.), Dom. Küstrinchen b. Selgenau 7,00 (Verk.), Lantow Post Jelassen Stat. Chottschow 7,00 (Verk.), Soldin Stat. Soldin 7,00 (bez.), Teuchern i. Sa. Stat. Teuchern 7,80 (bez.), Wolgast Stat. Wolgast in Pom. 7,25 (bez.). (Z. L.-R.)

— **Magdeburg**, 20. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: geschäftslos.

— **Berlin**, 20. Februar. Kartoffelstärke 20,50—21,00 Mk., Kartoffelmehl 20,50—21,00 Mk., feuchte Stärke 10,60 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 20. Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 87,75—88,75 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 98,00—99,00 Mk. per loko und Februar-September-Lieferung ohne Faß an Brennereien, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 20. Februar. Spiritus matt, Februar 17 1/2 G., Februar-März 17 1/2 G., März-April 17 1/2 G.

— **Paris**, 20. Februar. Spiritus matt, Febr. 60,25, März 60,75, Mai-August 61,25, Sept.-Dezbr. 47,50.

Oele und Oelsäuche.

— **Köln**, 20. Februar. Rüböl loko 65,00, Mai 63,50.

— **Hamburg**, 20. Februar. Rüböl fest, loko verzollt 63,00.

— **Amsterdam**, 20. Februar. Leinöl fest, loko 54 1/2, März 53 3/4, April 52 1/4, Mai-August 48, Sept.-Dezbr. 43.

— **Paris**, 20. Febr. Rüböl behauptet, Febr. 59,25, März 59,25, März-Juni 59,25, Mai-August 60,00.

— **Pest**, 20. Februar. Kohlrapsöl ruhig, August 13,80.

Zucker.

W. Hamburg, 20. Februar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo der Februar 9,75, per März 9,67 1/2, per Mai 9,82 1/2, per August 10,02 1/2, per Oktober 9,77 1/2, per Dezember 9,82 1/2. Tendenz: matt.

Kaffee.

— **Hamburg**, 20. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 55 % G., Mai 54 1/4 G., Septbr. 53 G., Dezember 52 G. Tendenz: behauptet.

— **Amsterdam**, 20. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 47.

— **Havre**, 20. Febr. Kaffee. Good average Santos März 66,75, Mai 66,50, Septbr. 66,50, Dezbr. 65,75. Tendenz: behauptet.

W. Rio de Janeiro, 18. Februar. Kaffee, Zufuhren 2000 Sack in Rio, 6000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 20. Februar. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 73 1/4 Pfg.

— **Antwerpen**, 20. Februar. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. März 5,70 Käufer, Dez. 5,45 Käufer. Tendenz: Behauptet.

Petroleum.

— **Hamburg**, 20. Februar. Petroleum fest, Amerik. spez Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— **Amsterdam**, 20. Februar. Banczinn ruhig, loko 101 1/4.

— **London**, 20. Febr. Blei, pon., 15 1/16 Lstrl., engl. 13 3/4 Lstrl., Zinn 194 Lstrl., Zink 23 1/4 Lstrl., Chili-Kupfer 55 1/4 Lstrl., 3 Monate 55 3/4 Lstrl.

— **Glasgow**, 20. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants III 49 sh. — d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 20. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 627 Rinder, und zwar 249 Ochsen, 29 Kalben, 219 Kühe, 130 Bullen, 290 Kälber, 490 Stück Schafvieh, 2929 Schweine, und zwar 2929 deutsche; auf. 4330 Tiere. Preise: Ochsen: I. 89, II. 82, III. 72, IV. 62 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 84, II. 78, III. 70, IV. 62, V. 52 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 83, II. 79, III. 75 M für 50 kg Lebendgew. Kälber: I. 61, II. 56, III. 44, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 42, II. 40, III. 35 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 62, II. 59, III. 55, IV. 56 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauft: 586 Rinder, und zwar 217 Ochsen, 28 Kalben, 213 Kühe, 128 Bullen; 286 Kälber, 442 Schafe, 2925 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Schafe, Kälber, Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 20. Februar. Roter Winter-Weizen loko 94 1/2, per März —,—, per Mai 97, Juli 95, per Sept. —,—. Mais per Mai 56 1/2, per Juli —,—, per Sept. —. Mehl 3,80. Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 20. Febr. Weizen per Mai 96 3/4, per Juli 88 1/4. Mais per Mai 48 3/4.

W. New-York, 20. Februar. Petroleum Standard white in New-York 7,40, do. in Philadelphia 7,40, do. in Refined Cases 8,90, do Credit Balances at Oil City 130.

W. New-York, 20. Febr. Schmalz Westernsteam 9,60, Rohe und Brothers 9,90.

Verantwortlich: für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börse und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: Heinrich Wiesbauer; Schlußredaktion: A. Wermecke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102212-16/fragment/page=0003

Berliner Börse, 20. Febr. 1911

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1/1.Jan.; 1/4.Apr.; 1/7.Juli; 1/10.Okt.; 1/2.Jan.; 15/2.Feb.; 15/3.März; 15/4.April; 15/5.Mai; 15/6.Juni; 15/7.Juli; 15/8.Aug.; 1/9.Sept.; 15/9.Sept.; 1/10.Okt.; 15/10.Okt.; 15/11.Nov.; 15/12.Dez.; 1/1.Jan.; 1/2.Feb.; 1/3.März; 1/4.April; 15/4.April; 15/5.Mai; 1/6.Juni; 15/6.Juni; 1/7.Juli; 15/7.Juli; 1/8.Aug.; 15/8.Aug.; 1/9.Sept.; 15/9.Sept.; 1/10.Okt.; 15/10.Okt.; 1/11.Nov.; 15/11.Nov.; 1/12.Dez.; 15/12.Dez.; 1/1.Jan.; 1/2.Feb.; 1/3.März; 1/4.April; 1/5.Mai; 1/6.Juni; 1/7.Juli; 1/8.Aug.; 1/9.Sept.; 1/10.Okt.; 1/11.Nov.; 1